



Tagung des Präventionsnetzwerks Finanzkompetenz

Finanzielle Kompetenz ist Entscheidungskompetenz

„Theoretische Ansätze der Vermittlung wirtschaftlicher und finanzieller Kompetenz an Kinder und Jugendliche“ lautete das Thema einer Tagung des Präventionsnetzwerks Finanzkompetenz im November. Konsens der Teilnehmer: Man muss früh anfangen und darf später nicht nachlassen, die Menschen ökonomisch zu bilden. Vorrangiges Ziel muss sein, dass der Einzelne die für ihn besten Entscheidungen treffen kann.

Bald 200 Teilnehmer kamen zu der Tagung des Präventionsnetzwerks Finanzkompetenz am 17. November in Bonn – so viele Menschen finden sich derzeit zu kaum einem anderen Thema zusammen, das im Beritt dieser Zeitschrift liegt. Die schiere Zahl zeigt die hohe Bedeutung der „wirtschaftlichen und finanziellen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen“, für die auf dieser Tagung theoretische Ansätze vorgestellt wurden. Sie zeigt auch, dass der Veranstalter eine seiner in der Präambel verankerten Maßnahmen offenbar mit Leichtigkeit umsetzt: Akteure zum Informations- und Meinungsaustausch zusam-

menzuführen und ein Forum zu etablieren.

„Analysen gibt es genug. Jetzt ist Zeit zu handeln!“

Wissenschaftler, Schuldnerberater und Verbraucherschützer, Vertreter von Sparkassen und Banken, Ministerien und kirchlichen Institutionen waren gekommen, um Anregungen für ihre tägliche Arbeit zu erhalten und eines der drängendsten Probleme der sozialen Marktgesellschaft anzugehen. Professor Thomas Retzmann, Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftsdidaktik im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen,

brachte es auf den Punkt: „Es gibt genügend Analysen. Wir müssen jetzt handeln!“ Noch sei es Zeit, „den Hebel umzulegen“, in einigen Jahren könne es zu spät sein.

Im Plenum und den Vorträgen ergab sich jedoch kein einheitliches Meinungsbild, wo die Gesellschaft anzusetzen habe. Einigkeit herrschte weitgehend, dass Kinder und Jugendliche schon im Kindergarten, spätestens aber in Grund- und weiterführenden Schulen finanziell und wirtschaftlich zu bilden seien. Nur der Weg scheint problematisch: „Die Lehrer werden ja völlig allein gelassen“, beklagte Retzmann: „In den fünf ostdeutschen Ländern gibt es keinen einzigen wirtschaftsdidaktischen Lehrstuhl, im Westen viele weiße Flecken an den Hochschulen!“ Schuld sei die geringe Neigung der Industrie und anderer gesellschaftlicher Akteure, für didaktische Zwecke Mittel bereitzustellen.

Ökonomische Bildung darf sich nicht (nur) an Marktökonomie orientieren

Grundlegend inhaltlich argumentierte Michael-Burkhard Piorokowsky, Professor für Haushalts- und Konsumökonomik an der Universität Bonn, in seiner Einführung: „Die Alltags- und

Lebensökonomie wird in den Schulen vernachlässigt“ und „Ökonomische Bildung ist bislang vorwiegend an der Marktökonomie orientiert“ lauten einige seiner Kern-Anklagen. Die gängigen Modelle überbewerteten die Unternehmen und blendeten die Haushalte im Wesentlichen aus – dabei spielten diese „möglicherweise sogar die größere Rolle im Wirtschaftskreislauf“. Schon als Verkäufer bei Ebay sei ein Privatmann Unternehmer: „Die Rolle als Verbraucher weitet sich aus, die Rollen im Wirtschaftskreislauf sind nicht mehr klar abzugrenzen.“ Dazu wies er auf einen seiner Forschungsschwerpunkte hin, die von ihm so genannten Haushalts-Unternehmens-Komplexe: Private Haushalte gründen vielfältig neue Unternehmen. „Wenn also die ökonomische Bildung in die Schulen aufgenommen wird, darf der private Haushalt nicht auf seine klassische Rolle als Konsument reduziert werden!“

Menschen sollen Gefühl für die eigenen Bedürfnisse entwickeln

Piorkowsky argumentiert entgegen der (engen) klassischen Lehrmeinung wie folgt: „Einkommen“ sei eben nicht nur auf Geldflüsse zurückzuführen, sondern resultiere (weiter gefasst) auch aus Eigenproduktion – zum Beispiel der Zubereitung einer Tiefkühlpizza. „Was Sie nachher aus dem Ofen holen, ist ein gänzlich anderes Produkt als die eingeschweißte Pizza in der Verpackung, die Sie gekauft haben!“ Grundsätzlich spiele „Geld“ eine zu große Rolle in den Lehrbüchern und der ökonomischen Diskussion. „Der andere Teil der Botschaft lautet aber: Man muss auch wissen, dass der Prozess mit dem Kauf nicht endet. Der Käufer muss auch wissen, was er oder sie mit den Gütern tun kann oder muss, nachdem sie für Geld gekauft wurden!“ Man müsse den Menschen ein Gefühl dafür vermitteln, was eigentlich

Ökonomie und ökonomisches Handeln bedeute. „Dazu zählt aber auch, ein Gefühl dafür zu haben, wer ich bin, was ich kann, welche Bedürfnisse ich habe, wie ich sie befriedigen kann und inwieweit andere von der Bedürfnisbefriedigung betroffen sind!“

Kinder müssen Alternativen erkennen und die richtige auswählen können

Ganz wichtig sei – und das zog sich als Konsens durch die Tagung –, dass „wir Kindern beibringen müssen, in ihrem Sinne richtig zu entscheiden“. So formulierte es stellvertretend Dr. Friedrich Bauersachs.

„Kinder müssen Alternativen erkennen. Und ihnen dann die Fähigkeit zu vermitteln, die für sie richtige auszuwählen, ist ein ganz wichtiges Ziel für die Entwicklung der Alltagskompetenz.“ Für solche alltagstauglichen Entscheidungen reiche es ganz und gar nicht, den Umgang mit Geld zu beherrschen, betonte Piorkowsky. Vielmehr sei die Fähigkeit zu stärken, seine Bedürfnisse zu reflektieren und seine eigene Lebenswelt in die Entscheidungen einzubeziehen.

In diese Richtung argumentierte auch Thomas Retzmann, der die Menschen durch ökonomische Bildung dazu befähigen will, ihr eigenes Leben zu führen und daher an die Politik appellierte: „Wenn der Sozialstaat mehr Eigenverantwortlichkeit fordert, muss man den Menschen auch die Kompetenz vermitteln.“ Dazu zähle zum Beispiel, die Lehrpläne ebenso wie die Lehrerausbildung insgesamt zu verändern. Nötig seien seiner Ansicht nach Bündnisse, welche die Interessen von Verbrauchern, Arbeitnehmern und

Unternehmen bündelten. Es müssten gemeinsame Interessen formuliert werden, zum Beispiel eine geeignete Rahmenordnung, mit der die Politik zum Handeln aufgefordert werden solle.

Der letzte übergreifende Befund zum Thema finanzieller und wirtschaftlicher Kompetenz bei Kindern und Jugendlichen liege schon über zehn Jahre zurück und deute auf Alphabetismus, erklärte Dr. Susan Seeber vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in ihrem Vortrag: „Mittelschüler der zehnten Klasse konnten im Schnitt 36 Prozent der Fragen richtig beantworten.“ Dabei



Dr. Susan Seeber: „Die meisten Schüler können am Ende einfache Berechnungen anstellen, aber keine Zusammenhänge erklären.“

klappe es mit dem „Anwenden“ besser als mit dem „Verstehen“: Mittelschüler könnten zwar die Mehrwertsteuer aus einer Rechnung ermitteln, wüssten aber nicht, welche Bedeutung diese Steuerart für Wirtschaft und Gesellschaft habe: „Drei Viertel der Schüler können am Ende ihrer Schullaufbahn maximal einfache Berechnungen anstellen, aber keine Zusammenhänge erklären.“

Wirtschaftliche Ausbildung führt nicht unbedingt zu ökonomischem Wissen

Überraschenderweise hätten Mittelschülerinnen und -schüler mit einem

sprachlichen Schwerpunkt sogar besser abgeschnitten als solche mit einem wirtschaftlichen Schwerpunkt, sagte Seeber. Desgleichen bei Gymnasialisten: Wer sprachliche Fächer bevorzugte, konnte mehr Fragen richtig beantworten als die Mitschüler aus den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweigen. Seebers Schlussfolgerung: „Wirtschaftliches Wissen wird auch außerschulisch erworben.“ Ökonomische und politische Bildung seien stark korreliert, „deshalb muss man immer auch andere Kompetenzbereiche berücksichtigen“.

Eine rege Diskussion entspann sich um die Frage, welche Inhalte die Schulen aufzunehmen hätten und wo man beginnen solle. „Eltern können das jedenfalls nicht entscheiden“, meinte eine Schuldnerberaterin aus dem Plenum. Ihrer Ansicht nach solle schon im Kindergarten über Geld und wirtschaftliche Themen gesprochen werden: „Wir leben in der sozialen Marktwirtschaft, und diese sollte möglichst früh im Bewusstsein unserer Bürger verankert werden.“ Ein Lehrer schlug vor, die Themen in mehreren Fächern unterzubringen, worauf eine Verbandsvertreterin entgegnete, das funktioniere „als Querschnittsfach nicht, weil die Lehrer das nicht studiert haben“. Sie forderte, „ökonomische Bildung als Hauptfach an die Schulen“ zu bringen.

Berater und Lehrer sollten auf Fragen warten statt auf nicht gestellte zu antworten

Annemarie Harter vertrat die Ansicht, man müsse „an den Schulen klein beginnen“. Wer zum Beispiel Hauptschüler frage, was sie zum Thema Geld wissen wollen, erhalte sehr detaillierte Fragen und eine rege Diskussion. „Es geht also“, lautet ihr Fazit. In diese Richtung ging auch eine Anmerkung von Professor Udo Reifner, Institut für Finanzdienstleistungen e. V. in Hamburg: „Ein guter Anfang wäre, wenn Schüler fragen müssen –

und nicht Lehrer oder Berater auf nicht gestellte Fragen antworten.“

Er will herausgefunden haben, dass sich 60 Prozent des Inhalts von Mathematik-Schulbüchern im weitesten Sinne mit wirtschaftlicher Allgemeinbildung befassen. „Das Problem ist aber: Die Inhalte sind falsch!“ So gingen die Aufgaben oft von falschen Voraussetzungen aus – oder die Berechnungen seien schlicht falsch. „Von Lottogewinnen oder Erbschaften auszugehen ist zwar verständlich, aber nicht zielführend.“

Mit der Nutzwertanalyse die richtigen Entscheidungen treffen

Susan Seeber forderte, wirtschaftliche Bildung als Fach auch in berufsbildende Schulen aufzunehmen, „weil Lehrlinge später in Unternehmen wirtschaftliche Entscheidungen treffen müssen“. Nachredner Thomas Retzmann unterstützte diese Forderung indirekt, indem auch er als vorzügliches Ziel ansah, „die Entscheidungskompetenz zu stärken“. Hierzu stellte er fünf Kernkompetenzen vor, von denen er auf zwei näher einging.

Wer finanziell oder wirtschaftlich kompetent sei, könne ...

- Zusammenhänge erklären,
- Rahmenbedingungen verstehen,
- Konflikte perspektivisch und ethisch beurteilen,
- Entscheidungen ökonomisch begründen und
- Handlungssituationen ökonomisch analysieren.



Prof. Thomas Retzmann: „Ziel des Ökonomieunterrichts sollte es sein, die Schüler zu befähigen, die für sie beste Lösung zu finden!“

Geeignet, die beiden letztgenannten Kompetenzen zu stärken, seien vor allem die Nutzwertanalyse (auf die er näher einging, siehe unten), sowie ferner Fallstudien, Planspiele und vergleichende Waren- oder Dienstleistungstests.

Schlüsselfragen für den Unterricht seien:

1. Welche (objektiven) Folgen hat eine Handlungsmöglichkeit für mich?
2. Wie ist das Ergebnis (subjektiv) zu bewerten?
3. Welche Handlungsmöglichkeit ist also für mich die beste?

Vor der Analyse sei zu beantworten, welche (gegenwärtigen) Restriktionen es gebe und welche Alternativen der Einzelne habe. Hinzu kommen in die Zukunft gerichtete Aussagen: Wie wird meine zukünftige Lage durch das Handeln beeinflusst? Und: In welcher Lage werde ich mich zukünftig befinden? „Ohne das zu wissen, kann man keine ökonomisch basierte Entscheidung treffen“, strich Retzmann heraus.

Einen gut strukturierten Entscheidungsprozess erhalte man mit der Nutzwertanalyse. Zunächst werden dazu qualitative und quantitative Ent-

scheidungskriterien vergeben, dann die Lösungsmöglichkeiten mit Punkten bewertet, die Kriterien gewichtet und zum Schluss die beste Handlungsmöglichkeit errechnet. „Auf diese Weise kann jeder die für ihn beste Lösung finden“, fasste der Hochschullehrer zusammen. Den Lehrerinnen und Lehrern gab er mit auf den Weg: „Diese Methode sollte man aber nicht in einer halben Unterrichtsstunde verbraten, sondern immer und immer wieder mit den Schülern üben.“

Theoretisches Wissen ist gut, aber in der Praxis fehlt oft das Selbstbewusstsein

Mechthild Schröder, Vertreterin einer Schuldnerberatungsstelle in Bremen, stellte fest: „Wenn wir theoretisches Wissen vermitteln, kommt das mehr oder weniger gut an, aber beim praktischen Umgang zum Beispiel mit den Arbeitsagenturen hapert es dann trotzdem, weil sich die Menschen nicht trauen, wichtige Fragen zu stellen.“ Hier müsse nicht nur ökonomisches Wissen vermittelt, sondern vor allem das Selbstbewusstsein der Betroffenen gestärkt werden. Bestätigung kam von Dr. Ingo Rollwagen, Zukunftsforscher der Deutschen Bank: „Menschen fragen überhaupt ungern, denn sie fühlen sich dann unterlegen.“ Dies gelte nach seiner Erkenntnis für ungefähr 20 Prozent der Bankkunden. Berater seines Instituts seien daher angehalten, von sich aus zu prüfen und nachzuhalten, welches Niveau an finanzieller Kompetenz die Kunden mitbrächten. Und er forderte, das gesellschaftliche Bestreben um finanzielle Allgemeinbildung nicht auf Kinder und Jugendliche zu beschränken, sondern auch Ältere einzubeziehen: „Es geht nicht nur um die Zukunft, sondern um die Gegenwart: Auch wer (heute) nicht mehr in die Schule geht, gibt viel Geld aus.“

Von Seiten der Politik hatten die Veranstalter den Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfrak-

tion, Ulrich Kelber, zu einem Referat eingeladen. Er betonte, die mangelhafte Finanzkompetenz weiter Bevölkerungskreise gefährde das Finanzsystem in sich, unter anderem weil sich (eher) spekulative Blasen bilden könnten. Gleichwohl hielt Thomas Retzmann entgegen, die Gesellschaft solle sich des Themas nicht nur deshalb annehmen, weil sie sich derzeit in einer Wirtschaftskrise befinde: „Wir schicken junge Leute ja auch nicht deshalb in die Fahrschule, damit sie keine Unfälle bauen, sondern damit sie überhaupt das Fahren lernen!“

Gleiche Grundsätze für Gammelfleisch wie für Finanzdienstleistungen

Ulrich Kelber räumte ein, seit der Föderalismusreform habe der Bund in der Bildung noch weniger zu sagen, er – der Bund – versuche aber trotzdem, etwas zu bewegen. So schlug Kelber vor, die Grundsätze des Verbraucherschutzes – Produktsicherheit, Rückverfolgbarkeit, Transparenz, Vergleichbarkeit und die Pflicht zur aktiven Infor-



SPD-Politiker Ulrich Kelber: „Wir sollten die Verbraucher besser vor Finanzprodukten schützen, die die Anbieter oft selbst nicht verstehen.“

mation durch die Anbieter – sollten „für Gammelfleisch wie für Finanzdienstleistungen“ gelten. „Warum richten wir nicht eine Ampel ein, für

Lebensmittel wie für Hebelprodukte?“ Außerdem regte er an, die staatliche Aufsicht zu stärken, etwa durch einen „Marktwächter“ oder „Consumer Watchdog“. „Das würde nur 20 bis 25 Millionen Euro kosten, aber sehr viel bringen, weil der Druck auf die Branche enorm stiege.“

Politiker haben (manchmal) gute Vorschläge, scheitern aber an der Gesellschaft

Wer ihm zuhörte, musste seine Thesen wohl unterstützen, fragte sich aber auch, was der Umsetzung noch im Wege stehe – und bekam im weiteren Verlauf der Tagung eine Antwort: „Vorsorge-Vorschläge werden von der Gesellschaft nicht unterstützt“, beklagte Kelber. Die verschiedenen Akteure und Lobbyisten seien eher mit „Geldjetzt-Programmen“ zu gewinnen als mit Nachhaltigkeit: „Als es darum ging, für die zukünftig steuerfinanzierte Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung 14 Milliarden Euro locker zu machen, haben alle „ja“ gesagt (siehe „Fakten-Check“ im Kasten aus Seite 163, d. Red.). Dabei hätte man das Geld auch sinnvoller zum Beispiel in frühe Bildung investieren können, etwa in Sport- und Ernährungsprogramme an den Schulen.“ Das wäre seiner Ansicht nach weit nachhaltiger gewesen als die Nachsorge für die Übernahme später entstehender Krankheitskosten. „Es fand sich aber keine einzige gesellschaftliche Gruppe oder Partei bereit, das zu unterstützen!“

(Fortsetzung auf Seite 163)

Interview mit Marius Stark, Sprecher des Präventionsnetzwerks Finanzkompetenz

„Wir brauchen einen umfassenden Ansatz, der das gesamte Konsumverhalten in den Blick nimmt“



Das Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz wurde Ende 2004 gegründet und verzeichnet derzeit an die 100 Mitglieder aus Schuldnerberatung, von Hauswirtschafts- und Verbraucherverbänden sowie aus Wissenschaft und Forschung. Sein Ziel ist es, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen und so die Finanzkompetenz in der Gesellschaft zu verbessern.

Im Interview mit HuW erläutert Sprecher Marius Stark, was aus Sicht des Netzwerks für die finanzielle Bildung nicht nur von Kindern und Jugendlichen getan werden müsste.

Herr Stark, wie bewerten Sie die Bonner Tagung zur finanziellen Kompetenz bei Kindern und Jugendlichen?

Ich fand die Resonanz schier unglaublich und bin sehr zufrieden. Wie man an der Mischung der Teilnehmer merkt, ragt das Thema in viele Bereiche hinein und spricht viele gesellschaftliche Akteure an: Landesministerien und Lehrer, Hauswirtschaft und Haushaltswissenschaft, Verbände und Schuldnerberater. Viele haben gleich im Anschluss ihre Mitgliedschaft erklärt, so dass wir jetzt schon 125 Mitglieder haben.

Was war denn Ihr wichtigstes Ziel dieser Tagung?

Zunächst einmal darf man die jetzige Veranstaltung, die sich ja mit den theoretischen Grundlagen befasste, nicht losgelöst von der Folgeveranstaltung im kommenden Mai sehen, wo wir über konkrete Projekte sprechen wollen: Wie geschieht in der Praxis die Wissensvermittlung, was kommt an, was funktioniert gar nicht? Der Vorteil dieser ersten Tagung ist, dass wir Begrifflichkeiten klären konnten und nun alle Beteiligten wissen, worüber sie reden.

Können Sie etwas über tatsächlich durchgeführte Projekte sagen?

Es gab in den letzten zehn Jahren sicher viele gut gemeinte Aktivitäten, die aber nicht immer gut gemacht waren. Über das Netzwerk wollen wir die sichten und bewerten – und dann zu einer Aussage kommen, welche Vorgehensweisen in der Praxis als schnell, preiswert und erfolversprechend

umsetzbar anzusehen sind. Diese Überlegungen sollen dann in Projekte von Kommunen und Ländern einfließen.

Laut Themensetzung konzentrieren Sie sich ja auf Kinder und Jugendliche ...

Wir wollen uns zwar nicht auf Kinder beschränken, aber über die Schule kann man diese Bevölkerungsgruppe sehr umfangreich erreichen. Es gab aber zum Beispiel in Münchner Kindergärten ein Projekt, das sich vorrangig an die Eltern gewandt hat. Wir brauchen jedenfalls einen umfassenden Ansatz, der das gesamte Konsumverhalten in den Blick nimmt – und die Grundlagen sollten sinnvollerweise in der Kindheit gelegt werden.

Das Thema Wirtschaft und Finanzen in die Schulen zu bringen, ist ja keine ganz neue Idee, nur getan wurde wenig ...

In der Tat wurde in den letzten zwanzig Jahren hier sehr viel versäumt, aber inzwischen ist die Erkenntnis gereift, dass etwas getan werden muss. In Deutschland beschäftigt sich ungefähr die Hälfte der Bundesländer seit rund zehn Jahren mit dem Thema, auch auf Ministeriumsebene tut sich was. Wir können sicher nicht alles auf einmal erreichen, wollen und sollten aber auch kleine Schritte unterstützen.

Haben Sie ein Beispiel?

Das Verbraucherministerium Nordrhein-Westfalens hatte in den letzten Jahren Mittel für zwei bis drei Schulstunden zur Verbraucherberatung



Frank Bertsch (rechts) leitete die Podiumsdiskussion mit Ulrich Kelber, Thomas Retzmann, Michael-Burkhard Piorkowsky, Susan Seeber und Ingo Rollwagen (von links). (Fotos: Thomas Preuß)

Finanzielle Kompetenz ist Entscheidungskompetenz ...

(Fortsetzung von Seite 161)

Konstruktive Vorschläge hatte Kelber dennoch. So sei die Expertenkommission „Finanzielle Bildung“ der EU-Kommission unter anderem mit drei Deutschen besetzt, die aber alle aus den Kreisen von Banken, Sparkassen und Versicherungen kämen. „Daran sollten aber auch Vertreter aus Wissenschaft, Bildung und Verbraucherorganisationen teilnehmen!“, wandte er

sich an das Plenum. Ein weiterer Vorschlag Kelbers betraf einen „Pisatest für Finanzwissen“: „Hier könnten wir die Vorteile des Föderalismus nutzen“, meinte Kelber. „Es könnten sich ein paar kleinere Bundesländer an dezentralen Bildungsprojekten versuchen, andere führen an den Schulen ein Hauptfach ein – und nach etwa drei Jahren könnte man die Erfahrungen austauschen und die Vorgehensweisen evaluieren.“

Thomas Preuß

16 Milliarden Euro für Krankenversicherung

Zur Senkung der Lohnnebenkosten erfolgt für die heute beitragsfrei mitversicherten Kinder künftig eine Mitfinanzierung aus Steuermitteln. Für das Jahr 2009 sind dafür 1,5 Milliarden Euro vorgesehen und im Jahr darauf zusätzlich 3,0 Milliarden. Für die dann kommende Legislaturperiode werden deutlich höhere Summen erwartet. Nach Einschätzung von Experten werden für die gesamten Krankheitskosten der Kinder rund 16 Milliarden Euro, davon 14 Milliarden Euro in der gesetzlichen Krankenversicherung, benötigt. Die Quellen zur Finanzierung dieser Beträge sind noch offen. (www.finanztip.de)

(Fortsetzung des Interviews)

bewilligt. Die Schulen mussten das aktiv anfordern. Im ersten Jahr konnten aus dem Topf immerhin gut 40 000 Schüler beglückt werden – auch wenn drei Stunden nicht viel sind. Aber wenn ein Stein ins Wasser geworfen wird, schlägt er auch Wellen!

Bei welchen Gruppen sehen Sie in erster Linie Bildungsbedarf?

Einerseits eben bei den Jüngeren, die vor den Verlockungen der Konsumwelt stehen und nur schwer einen Überblick über das Finanzangebot bekommen. Sie sollten sicher unter-

stützt werden. Die zweite große Gruppe sind die Älteren, etwa zwischen 50 und 60 Jahren, die vor der Rente stehen. Sie müssen im Alter in der Regel mit weniger Geld auskommen, als sie es viele Jahre hatten. Und auf dem Finanzmarkt ändert sich derzeit so viel, dass sie gar nicht mehr alles wissen können. Wer eventuell jahrzehntelang keine Finanzplanung mehr gemacht hat, weil es angesichts guter Einkünfte gar nicht nötig war, muss das vielleicht jetzt neu lernen. Da wollen wir mit den Seniorenorganisationen, aber auch den Gewerkschaften ins Gespräch kommen, damit die Menschen nach der Rente nicht in ein Loch fallen ...

Sie würden den Bedarf also gar nicht an Bildungsniveaus oder Einkommensschichten festmachen?

Sicher mag es den einen oder anderen geben, der gut gebildet ist und sich auch auskennt. Oder den einen oder anderen weniger gut Ausgebildeten, der tatsächlich einen höheren Bedarf hat. Aber wir haben in der Finanzkrise gelernt, dass die Bankangestellten ihre Produkte ja nicht einmal selbst verstehen. Wir möchten das Thema daher losgelöst von Bildungsgruppen angehen.

Das Gespräch führte Thomas Preuß